

Freitag, 10. März 2023, Ebersberger Zeitung / Bayern & Region

Die nicht ausgezahlten 79 Millionen Euro

VON KATRIN WOITSCH



Eine Ukrainerin bedankt sich mit einem Plakat in München für die Hilfe, die sie bekommen hat.
Foto: ZUMAPRESS.com/PA

Der Bund stellt den Ländern viel Geld für die Versorgung ukrainischer Flüchtlinge zur Verfügung. Bayern hat schon vor Monaten 79 Millionen Euro abgerufen. Doch die Kommunen haben von dem Geld noch nichts erhalten. Die Staatsregierung will erst ein Gesetz ändern. Die Grünen werfen ihr politische Stimmungsmache vor.

München – Mehr als 152 000 Menschen aus der Ukraine sind in den vergangenen zwölf Monaten nach Bayern geflüchtet. Gut ein Drittel davon sind Kin-

der und Jugendliche. Die Kommunen müssen Unterkünfte für sie finden, Kita-Plätze bereitstellen, es ist mehr Personal nötig in den Schulen und der Verwaltung, aber auch für die soziale Betreuung. Für die Kommunen bedeutet das auch finanziell einen großen Kraftakt, wie Christoph Göbel (CSU), Landrat im Kreis München, betont. Bisher trägt der Bund etwas mehr als 67 Prozent dieser Kosten. „Eine weitere Entlastung ist dringend nötig“, fordern Göbel – und viele andere Landräte und Bürgermeister in Bayern.

Zwei Milliarden Euro hat die Bundesregierung den Ländern dafür zugesagt. Bayern hat bereits im Dezember 79 Millionen Euro abgerufen. Bei den Landkreisen ist von diesem Geld aber noch kein Cent angekommen. Nicht einmal die Nachricht, dass bald finanzielle Unterstützung fließen wird.

Die Regierungsparteien erklären das mit einer notwendigen Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG). „Wir brauchen einen gültigen Rechtsrahmen, um das Geld zu verteilen“, betonte Matthias Enghuber (CSU) gestern im Sozialausschuss des Landtags. Die erste Lesung dafür fand im Dezember statt, seitdem ist nichts mehr passiert.

Die Grünen werfen der Staatsregierung Verschleppung vor. „Das Geld müsste längst bei den Kommunen sein“, schimpfte Kerstin Celina im Ausschuss. Bis die zweite Lesung durch ist, sei es mindestens April. „In den Kommunen laufen aber jetzt die Haushaltsberatungen. Sie müssen wissen, dass sie Geld vom Bund einplanen können“, betonte Celina.

Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg gehen pragmatischer vor, berichtet die bayerische Grünen-Abgeordnete Claudia Köhler. Dort wurden die Hilfen ohne Gesetzesänderung sofort ausgezahlt. Das Finanzministerium in Stuttgart bestätigt das. Auch bei der Arbeitsagentur in Nürnberg haben die Grünen nachgehakt. Sie soll Daten für einen Verteilschlüssel liefern. Das Ministerium habe aber nur eine normale Anfrage gestellt, berichtet Köhler. „Deshalb dauert es bis Ende April mit den Daten. Bei einer eiligen Anfrage wäre das innerhalb weniger Tage möglich gewesen.“ Sozialministerin Ulrike Scharf betont auf Anfrage, die Gesetzesänderung sei nötig, um das Geld zielgenau entsprechend der Belastungen zu verteilen. Dafür seien die Daten nötig. Wenn andere Länder andere Wege gehen, würden sie auf eine Verteilungsgerechtigkeit verzichten.

Die Grünen fordern, die Hilfen vom Bund ohne Gesetzesänderung sofort weiterzuleiten. Sie werfen den Regierungsparteien vor, das Thema für politische

Stimmungsmache gegen die Ampel-Regierung in Berlin zu nutzen. Die CSU betonte immer wieder, der Bund lasse die Kommunen beim Thema Flüchtlinge allein, sagte Celina.

Auch die SPD ärgerte sich darüber, dass die Auszahlung in Bayern so lange dauert, sprach sich aber dennoch für die Gesetzesänderung aus. „Wir brauchen eine Rechtsgrundlage dafür“, betonte die Ausschuss-Vorsitzende Doris Rauscher (SPD). Sie schlug vor, das Ministerium aufzufordern, die Beratung für das Gesetz zu verkürzen, um das Verfahren zu beschleunigen. Das Thema müsse noch vor Ostern durch die anderen Ausschüsse. „Die Kommunen warten auf das Geld.“